

Information zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben nach der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) beim Hauptamt, Sachgebiet Personal

Das Amt **Hauptamt, Sachgebiet Personal** verarbeitet im Rahmen seiner Aufgabenerfüllung neben unternehmensbezogenen auch personenbezogenen Daten. Mit diesem Datenschutzhinweis möchten wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten informieren.

Wer ist verantwortlich für die Datenverarbeitung?

Die verantwortliche Stelle für die Datenverarbeitung

Stadt Biberach an der Riß, vertreten durch Herrn Oberbürgermeister Norbert Zeidler, Matthias-Erzberger-Platz 1, 88400 Biberach, Telefon: 07351/51-0

Datenschutzbeauftragte

Frau Renate Werner
Museumstraße 2, 88400 Biberach
Telefon: 07351/51-9191
E-Mail: datenschutz@biberach-riss.de

Ansprechpartner

Hauptamt, Sachgebiet Personal
Theresa Guth
Matthias-Erzberger-Platz 1
88400 Biberach
Telefon: 07351/51-232
E-Mail: personal@biberach-riss.de

Rechtsgrundlage der Verarbeitung der personenbezogenen Daten

Grundgesetz (GG), Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG), Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG), Arbeitszeitgesetz (ArbZG), Beamtenstatusgesetz (BeamStG), Bundesdatenschutzgesetz (BDSG), Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG), Bundesurlaubsgesetz (BurlG), Entgeltfortzahlungsgesetz (EntgFG), Familienpflegezeitgesetz /FPfZG), Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), Infektionsschutzgesetz (IfSG), Jugendarbeitsschutz (JArbSchG), Kündigungsschutzgesetz (KSchG), Mindestlohngesetz (MiLoG), Mutterschutzgesetz (MuSchG), Nachweisgesetz (NachwG), Pflegezeitgesetz (PflegeZG), Sozialgesetzbuch Aches Buch (SGB VIII), Sozialgesetzbuch Neuntes Buch (SGB IX), Teilzeit- und Befristungsgesetz (TzBfG), Unterschwellenvergabeordnung (UVgO), Vergabeverordnung (VgV)

Arbeitszeit- und Urlaubsverordnung (AzUVO), Bildungszeitgesetz (BzG), Gemeindeordnung (GemO), Landesbeamtengesetz (LBG), Landesbeamtenversorgungsgesetz Baden-Württemberg (LBeamTVGBW), Landesbesoldungsgesetz Baden-Württemberg (LBesGBW), Landesdatenschutzgesetz (LDSG), Landesdisziplinargesetz (LDG), Landesinformationsfreiheitsgesetz (LIFG), Landesnebenbetätigkeitsverordnung (LNTVO), Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG), Landesreisekostengesetz (LRKG), Laufbahnverordnung-Innenministerium (LVO-IM),

Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVÖD) und den ergänzenden, ändernden oder ersetzenden Tarifverträgen in der für den Bereich der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände

(VKA) jeweils geltenden Fassung. Außerdem finden die im Bereich des Arbeitgebers jeweils geltenden sonstigen einschlägigen Tarifverträge Anwendung (TVöD-SuE, TVAöD, TVSöD, TVPöD, ...).

Zu welchem Zweck werden personenbezogene Daten verarbeitet

Die erhobenen personenbezogenen Daten werden ausschließlich zur Erfüllung der Aufgaben verwendet.

Welche personenbezogenen Daten werden verarbeitet?

Wir erheben, verarbeiten und nutzen die Daten, die Sie uns übermittelt haben, insbesondere Vor- und Nachname, Geburtsdatum, Titel, Berufsbezeichnung, Adresse, private und geschäftliche Kontaktdaten (Telefon, Fax, Handynummer, E-Mail), Foto, Bankverbindungsdaten (IBAN, BIC, Name des Kreditinstituts).

Eine Datenerhebung darüber hinaus erfolgt nur, sofern wir dazu rechtlich verpflichtet sind oder Sie eingewilligt haben.

Wie verarbeiten wir diese Daten?

Personenbezogene Daten werden im Rahmen der Aufgabenerfüllung dokumentiert und EDV gestützt verarbeitet und sofern erforderlich Akten beigelegt.

Weitergabe personenbezogener Daten

Alle personenbezogenen Daten, die im Rahmen der gesetzlichen Verpflichtungen verarbeitet werden, werden nur dann weitergegeben, wenn die Übermittlung gesetzlich zulässig ist oder Sie in die Übermittlung eingewilligt haben.

Daten werden verwaltungsmäßig anderen Ämtern als Erfüllungsgehilfe für die eigene Aufgabenerfüllung weitergegeben (z. B. an Gremien, Kommunikation, Bürgerengagement; Kämmeriamt).

Wie lange werden personenbezogene Daten verarbeitet?

Die Verarbeitung und Speicherung der personenbezogenen Daten erfolgt solange bis diese für die ordnungsmäßige Aufgabenerfüllung notwendig sind. Ansonsten halten wir uns an die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen.

Welche Rechte haben betroffene Personen?

Sie haben nach der DSGVO verschiedene Rechte. Nähere Informationen ergeben sich insbesondere aus Art. 15 bis 18 und 21 DSGVO.

In einigen Fällen gilt, dass das Recht nicht in Anspruch genommen werden kann oder darf. Sofern dies gesetzlich unzulässig ist, teilen wir Ihnen den Grund für die Verweigerung mit.

Recht auf Auskunft

Es besteht ein Recht auf Auskunft der von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten.

Recht auf Berichtigung

Es besteht ein Recht auf Berichtigung, sofern die personenbezogenen Daten der betroffenen Person nicht (mehr) zutreffend sind. Bei unvollständigen Daten kann – unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung – eine Vervollständigung verlangt werden.

Recht auf Löschung

Die betroffene Person kann die Löschung ihrer personenbezogenen Daten verlangen. Der Anspruch hängt jedoch u.a. davon ab, ob die Daten noch zur Erfüllung der Aufgaben benötigt werden.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

Die betroffene Person hat das Recht, die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen. Die Einschränkung steht einer Verarbeitung nicht entgegen, soweit an der Verarbeitung ein wichtiges öffentliches Interesse besteht.

Recht auf Widerspruch

Soweit die personenbezogenen Daten der Betroffenen auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO verarbeitet werden, hat die betroffene Person das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der sie betreffenden Daten zu widersprechen, sofern nicht ein überwiegendes öffentliches Interesse oder eine Rechtsvorschrift dem entgegensteht. Ebenso kann entgegenstehen, wenn die Verarbeitung für die Durchführung der ordnungsgemäßen Aufgabenerfüllung oder die Abwicklung des Vertrages weiterhin erforderlich ist.

Recht auf Widerruf

Jede betroffene Person hat das Recht, sofern personenbezogene Daten auf der Grundlage einer Einwilligung verarbeitet werden, diese Einwilligung mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung bleibt von dem Widerruf unberührt.

Recht auf Beschwerde

Jede betroffene Person kann sich unbeschadet anderweitiger Rechtsbehelfe mit einer Beschwerde an den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit wenden, wenn sie der Auffassung ist, dass die Auskunft gebende Stelle ihren Pflichten nicht oder nicht in vollem Umfang nachgekommen ist.

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Baden-Württemberg (LfDI BW)
Heilbronner Straße 35
70191 Stuttgart

Stufenloser Zugang über Rampe (Navigations-Adresse):
Räpplenstraße 2
70191 Stuttgart

Telefon: 0711/61 55 41 – 0
Telefax: 0711/61 55 41 – 15

<https://www.baden-wuerttemberg.datenschutz.de/>